

i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 2/2017

26. Mai 2017



Liebe Leserinnen und Leser,

mit der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen hat die deutsche Sozialdemokratie eine weitere Enttäuschung hinnehmen müssen. Die große Begeisterung für unseren Bundestagskandidaten Martin Schulz hat sich dort, wie auch im Saarland und in Schleswig-Holstein, nicht in den Wahlergebnissen niedergeschlagen. Pauschale Schuldzuweisungen halte ich für fehl am Platz. Vielmehr brauchen wir nun ein konkretes Wahlprogramm, mit dessen Inhalt wir die Wählerinnen und Wähler überzeugen können. Die Landes-SPD wird ihren Leitantrag zum Regierungsprogramm vorlegen und die Bundespartei wird am 25. Juni endgültig darüber abstimmen.

Zumindest ist der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in Frankreich erfreulich. Hier haben sich die Bürgerinnen und Bürger zum größeren Teil gegen rechten Nationalismus und für ein modernes, offenes und europafreundliches Frankreich entschieden. Dies ist ein Erfolg für alle demokratischen Kräfte weltweit, die in den letzten Monaten einige Tiefschläge hinnehmen mussten, vor allem bei den Vorgängen rund um das Referendum in der Türkei und immer wieder durch das fragliche Gebaren des US-Präsidenten Trump.

Hier in Baden-Württemberg war die Regierungsarbeit auch in den vergangenen Wochen hauptsächlich von koalitionsinternen Querelen gekennzeichnet. Obwohl beide Seiten sich redlich mühen, nach außen eine gute Zusammenarbeit zu präsentieren, sind Hauen und Stechen das Markenzeichen von Grün-Schwarz, was aktuell zum Beispiel am Streit über das Fahrverbot von Dieselfahrzeugen, über die Änderung der Landesbauordnung zur Beschleunigung des Wohnungsbaus und die Zukunft der Oberstufe an den Gemeinschaftsschulen festzumachen ist. In diese

Auseinandersetzungen fließt die gesamte Energie, die die Regierung eigentlich dafür aufbringen sollte, unser Land weiter voranzubringen. Doch weiterhin ist keine gemeinsame Idee von Grünen und CDU erkennbar, die Baden-Württemberg zukunftsfähig macht.

Trotz übervoller Kassen und weiterhin hoher Einnahmen in nächster Zukunft spart das Land und zwar an den falschen Stellen, am meisten nämlich bei den Kommunen und im Bildungssektor. Den Abbau von über 1.000 Lehrerstellen halte ich für vollkommen verantwortungslos, ja geradezu für fahrlässig. Damit gefährdet die Regierung die Unterrichtsversorgung und die Qualität unserer Schulbildung. Es ist genügend Geld vorhanden, um nun endlich die Vertretungslehrer und Referendare auch über die Sommerferien hinweg anzustellen und damit die Abwanderung von gut ausgebildetem Lehrpersonal zu verhindern.

Eine Rolle rückwärts vollführte Kultusministerin Eisenmann (CDU) mit der jüngsten Änderung des Schulgesetzes, die die Eltern dazu verpflichtet, die Grundschulempfehlung ihrer Kinder an der weiterführenden Schule vorzulegen. Mit der Abschaffung der verpflichtenden Grundschulempfehlung wollten wir gemeinsam mit den Grünen Chancengleichheit für alle Kinder erreichen, damit sie nicht nach vier Jahren Grundschule in Schubladen gesteckt werden und dort bis zum Ende ihrer Schullaufbahn festsitzen. Alle Kinder sollten unvoreingenommen und individuell, aber gemeinsam gefördert werden. Jetzt wird die CDU wieder stärker das von ihr propagierte Leistungsprinzip durchsetzen, das schlussendlich auf der Selektion der Kinder basiert und einer sozialen Spaltung weiterhin Vorschub leistet. Auch die Einführung von Studiengebühren für Studenten aus Nicht-EU-Ländern ist ein Schritt zurück in Sachen Bildungsgerechtigkeit und vielleicht sogar der Türöffner für die Wiedereinführung von generellen Studiengebühren.

Ich wünsche Euch auch heute eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch MdL

Wohnungsbau beschleunigen!

Die SPD-Landtagsfraktion brachte einen Antrag zu einem Wohnungsbaubeschleunigungsprogramm ein, der im Landtag diskutiert wurde. **Daniel Born**, wohnungspolitischer Sprecher der SPD, fordert schnell mehr Wohnraum zu schaffen. Vielerorts gebe es kaum mehr bezahlbaren Wohnraum. Vor allem junge Familien, ältere Menschen, Studenten und Geringverdiener seien von der Wohnungsnot eklatant betroffen. Die Trendwende im Wohnungsbau sei unter Grün-Rot eingeleitet worden. Die Programme müssten nun unbedingt fortgesetzt und weiterentwickelt werden. Born fordert endlich konkrete Umsetzungsschritte, zuvorderst eine vernünftige Entschlackung der Landesbauordnung. Hier geht der Vorwurf vor allem an die Grünen, die mit ihrer Blockadehaltung in der Regierungskoalition wahltaktische Ziele mit Blick auf die anstehende Bundestagswahl verfolgten.

Reform der Polizeistrukturreform

Nachdem der Abschlussbericht des Lenkungsausschusses zur Evaluierung der Polizeistrukturreform vorgelegt wurde, diskutierte der Landtag in einer Aktuellen Debatte (FDP/DVP) die vorgeschlagenen Empfehlungen. Grundsätzlich hält **Sascha Binder**, innenpolitischer Sprecher der SPD, die Evaluation für richtig. Sie komme aber zu früh, da die Reform noch nicht ihre volle Wirkung entfalten konnte. Die Evaluation zeige, dass die Polizeistrukturreform richtig war und zu entscheidenden Verbesserungen in der Polizeiarbeit beigetragen habe. Innenminister Reinhold Gall habe nicht nur die dringende Notwendigkeit einer Reform erkannt, sondern diese auch mit Mut und Weitsicht gegen Widerstände durchgesetzt und die Polizei im Land zukunftsfähig gemacht. Viele Ideen, die aus der Polizei heraus gekommen sind, wurden positiv bewertet, z.B. die Schaffung des Kriminaldauerdienstes, ein eigenständiges Präsidium „Einsatz“, die Trennung von Ausbildung und Einsatz und die Neuaufstellung des Staatsschutzes als wichtiger Grundpfeiler gegen den Terror. Höchst fragwürdig sei dagegen die Schaffung von mindestens zwei zusätzlichen Polizeipräsidien, denn bereits gut funktionierende Strukturen würden auseinander gerissen und wieder auf Anfang gesetzt. Hierfür wurden keine polizeifachlichen Gründe dargelegt. Wahlkreisinteressen allein dürften kein Kriterium sein. Die Frage nach der Finanzierung bleibe ebenso offen wie die nach den Personalstellen. Binder befürchtet, dass für die zusätzlichen Präsidien Personal aus den Revieren abgezogen werde. Des Weiteren müsse es bei der Verlagerung von 800 Stellen erneut ein Interessenbekundungsverfahren für die Mitarbeiter geben.

Studiengebühren für Nicht-EU-Bürger

In der Zweiten Beratung zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes fordert **Gabi Rolland**, Sprecherin für Hochschulpolitik und studentische Angelegenheiten in der SPD-Fraktion, die Abgeordneten auf, gegen das Gesetz, das Gebühren von Studenten aus Nicht-EU-Ländern verlangt, zu stimmen. Diese „Bauer-Maut“ sei eine kontraproduktive Weichenstellung in der Bildungspolitik: unsozial, ungerecht und diskriminierend. Der Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg, der kulturelle Austausch an den Hochschulen und die Entwicklungszusammenarbeit würden dadurch geschwächt. Ein gebührenfreies Studium positioniere Deutschland weltweit als attraktiven Studienstandort. Gebühren hätten negative Auswirkungen auf unsere Willkommenskultur, die Internationalisierung und die Fachkräftesicherung. Für die SPD sei Bildungsgerechtigkeit untrennbar mit einem gebührenfreien Studium verbunden. Die Landesregierung solle vielmehr weiterhin so vorbildlich wie Grün-Rot in das Zukunftsressort Wissenschaft investieren, anstatt hier die Schuldenbremse zu erfüllen, forderte Rolland.

Pakt für Integration

Nachdem die Landesregierung den Pakt für Integration mit den Kommunen beschlossen hatte, wollte sie diesen in einer Aktuellen Debatte, beantragt von den Grünen, feiern. **Sabine Wölfle**, integrationspolitische Sprecherin in der SPD-Fraktion, hält den Pakt, der lange angekündigt und ein Schwerpunkt im Koalitionsvertrag war, allerdings für eine Mogelpackung. Er enthalte nicht viel mehr als „Tricksen, Tarnen und Täuschen“. Die grün-schwarze Landesregierung und Sozialminister Manfred Lucha (Grüne) ließen sich für finanzielle Wohltaten feiern, in Wahrheit handle es sich hierbei aber lediglich um eine Umwidmung von Bundesmitteln und einen Griff in die Kasse der Kommunen. Der Bund stelle Baden-Württemberg von 2016 bis 2018 jährlich 260 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land gebe diese aber nicht eins zu eins an die Kommunen weiter, sondern nur 160 Millionen Euro. 100 Millionen Euro behalte es pro Jahr ein. Anstatt die Kommunen verstärkt zu unterstützen, schwächt Grün-Schwarz Städte und Gemeinden, die die Hauptverantwortung für die Integration der Flüchtlinge zu tragen haben, mit der Änderung des Finanzierungsausgleichsgesetzes (FAG). Wölfle wirft der Landesregierung vor, keinerlei eigene Konzepte für die Integration vorweisen zu können. Alles was, im Pakt für Integration festgeschrieben stehe, seien Programme oder Maßnahmen, die bereits unter der Federführung der SPD auf den Weg gebracht wurden.

SPD-Campaign Camp

Die Bundestagswahl am 24. September rückt näher. Der Wahlkampf nimmt an Fahrt auf. Dieser besteht heute aber nicht mehr nur aus Plakate kleben, Kugelschreiber verteilen oder Rosen verschenken. Er findet gleichermaßen im Netz wie auf der Straße statt. Wir brauchen neue innovative Ideen, um möglichst auch viele junge Wähler und neue Wählerschichten zu erreichen.



Bundesgeneralsekretärin Katarina Barley

Deswegen luden die Generalsekretärin der SPD Deutschland **Katarina Barley** und die Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg (und unsere Kandidatin für die Bundestagswahl) **Leni Breymaier** zum Campaign Camp 2017 am 20. Mai nach Filderstadt ein. Die letzten Landtagswahlen seien für die SPD nicht gut gelaufen, doch Barley rief dazu auf, den Kopf oben zu behalten und Kante zu zeigen: „Der Wähler entscheidet immer öfter erst auf den letzten Metern. Ihr müsst euch drauf gefasst machen, dass es immer auf und ab geht.“



Landesvorsitzende Leni Breymaier

Auch Leni Breymaier hat in gewohnter Manier Zuversicht verbreitet: „Wir werden Schweiß und Tränen vergießen. Wir werden kämpfen und uns einsetzen.“ 1082 neue Mitglieder hat die SPD in Baden-Württemberg seit Anfang dieses Jahres hinzugewonnen, bundesweit sind es sage und schreibe 17.000.

Damit haben wir die 35.000er Marke im Land übersprungen.



Jede Menge junger Leute und Smartphones

40 Prozent der neuen Mitglieder sind im Juso-Alter. Das wird unsere Partei nachhaltig verändern, ebenso unseren Wahlkampf. Die Teilnehmer diskutierten hoch motiviert mit Fachleuten aus verschiedensten Bereichen über neue Ansätze und aktuelle Trends der Kampagnenarbeit.



So geht Wahlkampf!

Natürlich durfte bei aller Kampagnenarbeit auch der Spaß nicht zu kurz kommen. Es gab die unterschiedlichsten Abwechslungen und, wie man sieht, auch sportliche Herausforderungen.



Fraktionschef beim Tischtennis

Fotos: SPD Baden-Württemberg

Radweganschluss Großkuchen

Bei einem Vorortbesuch in Großkuchen mit Ortsvorsteher Josef Weber, Ortschaftsrat Thomas Hasenfus und dem Heidenheimer SPD-Gemeinderatsfraktionschef Rudi Neidlein berieten wir, wie ein Anschluss des Teilorts an den Radweg an der B 466 von Nattheim nach Neresheim oder Richtung Steinweiler zu ermöglichen wäre. Weber berichtete, dass viele Radfahrer den Feldweg von Großkuchen nutzen, um dann auf den vor zwei Jahren gebauten Radweg an der B 466 zu kommen. Der gut ausgebaute Feldweg führe zwar direkt zur Bundesstraße, problematisch aber sei, diese zu queren, um auf den Radweg auf der gegenüberliegenden Straßenseite zu gelangen. Beim dort erlaubten Tempo 100 sei das extrem gefährlich, insbesondere für junge Radfahrer und Rad fahrende Eltern mit Kinderanhängern.

Nach Rudi Neidleins Auskunft sei das Problem auch in der Heidenheimer Verwaltung und im Gemeinderat bekannt und es werde nach einer Lösung gesucht. Es gibt bereits eine Unterführung unter der B 466, die als Verbindung zwischen Feld- und Radweg dienen könnte. Diese breite, aber nicht sehr hohe Unterführung dient derzeit lediglich dem Wasserabfluss, könnte aber so weit ausgebaut werden, dass auch Radfahrer sie nutzen könnten. Der Anschluss des Feldwegs dürfte keinen riesigen Kostenfaktor darstellen. Inzwischen habe ich Kontakt zum zuständigen Referat im Regierungspräsidium herstellen können und am 1. Juni wird Baudirektor Schwarz gemeinsam mit Oberbürgermeister Ilg zu einem Vororttermin nach Großkuchen kommen.



Mit SPD-Gemeinderatsfraktionschef Rudi Neidlein, Ortsvorsteher Josef Weber und Ortschaftsrat Thomas Hasenfus an der problematischen Querung der B 466. (v.l.)

Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL

Redaktion: Danjela Folberth

Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim

Tel.: 07321/ 4 00 80 | Fax: 07321/ 4 00 42

E-Mail: wahlkreisbuero@andreas-stoch.de

Internet: www.andreas-stoch.de

Motorradfrühling in Nattheim



Eines meiner Lieblingsevents im Wahlkreis ist jedes Frühjahr der Nattheimer Motorradfrühling. Dieses Jahr hatte ich Zeit und konnte am Gottesdienst und am anschließenden Motorradcorso teilnehmen und die Motorradsaison bei bestem Wetter einleiten.



Mit Nattheims Bürgermeister Norbert Bereska am Start zum traditionellen Motorradcorso.
Fotos: Hans-Peter Theilacker

EU-Schulprojekttag am MPG

Für den 22. Mai wurde der 11. EU-Schulprojekttag ausgerufen. Bundesweit beteiligen sich jedes Jahr mehrere tausend Politiker an der Aktion und sprechen mit Schülern, um ihr Interesse an der Europäischen Union zu wecken und zu vertiefen. In diesem Rahmen besuchte ich das Heidenheimer Max-Planck-Gymnasium und diskutierte mit der Jahrgangsstufe 2 über die EU und deren Bedeutung nach dem Brexit und in Zeiten, in denen rechtsnationale Tendenzen in vielen Staaten die Zukunft der EU infrage stellen.

